



Stellungnahme zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Konsumcannabisgesetzes - Nutzhanfliberalisierung

Das Nutzhanf-Netzwerk e.V. (NHN) begrüßt den Entwurf des "Ersten Gesetzes zur Änderung des Konsumcannabisgesetzes - Nutzhanfliberalisierung", da es zahlreiche wirtschaftlich sinnvolle und umsetzbare Vorschläge aufgreift. Besonders hervorzuheben sind hier aus Sicht des NHN:

- die Streichung der sogenannten "Rauschklausel",
- die verbesserten Bedingungen für den Nutzhanfanbau, inklusive der Zulassung von Indoor-Anbauverfahren,

Als Detailänderung schlagen wir vor, die Angabe der Anbauflächen in m² auf den Indoor-Anbau zu beschränken, da dieses Vorgehen auf Ackerflächen kaum praktikabel ist. Die relevanten Anbaudaten sollten idealerweise direkt aus dem InVeKoS-System übernommen werden, um den Landwirten zusätzliche Meldungen zu ersparen und den Verwaltungsaufwand bei der BLE zu reduzieren. Auch sollte die digitale Übermittlung der Saatgut-Etiketten als ausreichend anerkannt werden.

Trotz der Erleichterungen für den Nutzhanfanbau, die mit dem neuen Gesetz einhergehen, sieht das NHN zusätzlichen Handlungsbedarf, um den Nutzhanfanbau und die Verwertung von Produkten, die aus Nutzhanf hergestellt werden, attraktiver zu machen.

Erhöhung der THC-Grenzwerte

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte zu steigern, schlagen wir vor, den maximal zulässigen THC-Gehalt in Nutzhanfpflanzen und dessen Produkte von 0,3% auf mindestens 0,6%, besser 1% zu erhöhen. Diese Anpassung würde den Anbau diversifizieren, die Erträge potenziell um bis zu 30% steigern und die Abhängigkeit von eng reguliertem Saatgut verringern. Bei THC-Werten oberhalb von 0,3% muss entsprechend eine Warnung auf den Produkten vermerkt sein. Dies würde auch die Novel-Food Hindernisse positiv beeinflussen.

Vereinfachung der Antrags- und Meldeverfahren

Zur Förderung des Nutzhanfanbaus und der Verarbeitung von Hanfprodukten sind Maßnahmen zur erheblichen Reduzierung der bürokratischen Hürden erforderlich. Diese umfassen die Digitalisierung und Vereinfachung der Antrags- und Meldeverfahren für den Anbau und die Verarbeitung von Nutzhanf. Landwirte und Unternehmen sollen ihre Anträge und Meldungen zukünftig über eine zentralisierte Online-Plattform einreichen können, die eine benutzerfreundliche und effiziente Bearbeitung ermöglicht.

Standardisierung von Prozessen

Es sollten standardisierte Verfahren eingeführt werden, um den Verwaltungsaufwand zu minimieren und die Transparenz zu erhöhen. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) sollte klare und einheitliche Leitlinien für die Antragsstellung und -bearbeitung entwickeln, um den gesamten Prozess zu beschleunigen.

Finanzielle Anreize setzen

Im den Nutzhanfanbau weiter zu steigern, sollten auch finanzielle Anreize gesetzt werden. Für den Anbau von Nutzhanf sollten die Landwirte zusätzlich zu Direktzahlungen der EU eine Subvention von mindestens 700€ pro Hektar erhalten, analog zu der Unterstützung, die für den Anbau von z.B. Körnerleguminosen gewährt wird. Außerdem sollte die Möglichkeit eines Zolls auf importierte Hanfstrohprodukte (Hanffasern, Hanfschäben, Briketts etc.) überprüft werden, um die heimische Hanfproduktion zu stärken und faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

Förderung von Forschung und Entwicklung

Angesichts der wachsenden Bedeutung von Nutzhanf als nachhaltiger Rohstoff ist die Einrichtung eines speziellen Fonds, der jährlich mindestens 50 Mio. € für Forschung und Entwicklung bereitstellt, zu empfehlen. Dieser Fonds sollte auf innovative Erntetechnologien, verbesserte Verarbeitungsverfahren und praktische Anwendungsstudien für Hanfprodukte, insbesondere Hanfbaustoffe ausgerichtet sein. Insbesondere auf Hanfbaustoffe, weil diese einen immensen Hebel für die Schaffung der kommenden Bioökonomie sowie die Erreichung nationale und internationaler Klimaziele darstellen.

Regelmäßige Überprüfung und Anpassung

Ein regelmäßiges Monitoring und eine Evaluierung der bürokratischen Prozesse sollte implementiert werden, um kontinuierlich Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren und umzusetzen. Dabei sollen auch Rückmeldungen von Landwirten und Unternehmen berücksichtigt werden, um praxisnahe Lösungen zu entwickeln.

Spezielle Unterstützung für KMUs

Für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs), die sich mit dem Anbau, der Aufbereitung oder der Weiterverarbeitung von Nutzhanf beschäftigen, sollte ein besonderer Beratungsdienst eingerichtet werden, der sie bei der Navigation durch die bürokratischen Anforderungen unterstützt und ihnen hilft, die notwendigen Dokumente und Nachweise effizient zu beschaffen und einzureichen.

Vereinfachung der Zulassungsverfahren für ökologische Baustoffe

Um den Einsatz von Nutzhanffasern (Dämmung) und Nutzhanfschäben (in Bausteinen) als Baustoff zu fördern, sollten beschleunigte und vereinfachte Zulassungsverfahren für solche ökologischen Baustoffe geschaffen werden. Für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) sollten zudem bis zu 75% der Zulassungskosten übernommen werden, um Innovation und Nachhaltigkeit in der Baubranche zu unterstützen.

Ökologische Baustandards in öffentlichen Ausschreibungen

In allen öffentlichen Bauausschreibungen sollten verpflichtend ökologische Kriterien berücksichtigt und mit mindestens 40% gewichtet werden. Dies würde den Einsatz nachhaltiger und regionaler Baustoffe wie Nutzhanf fördern und zur Realisierung umweltfreundlicher öffentlicher Gebäude beitragen.

Bildung und Qualifizierung

Zur Förderung der fachgerechten Verwendung von Hanfbaustoffen schlagen wir vor, spezialisierte Weiterbildungsprogramme für Handwerker und Planer im Bereich des ökologischen und hanfbasierten Bauens einzuführen. Diese Bildungsinitiativen sollten an technischen Schulen und Universitäten angeboten werden, um die notwendigen Kompetenzen für den wachsenden Markt nachhaltiger Baustoffe zu entwickeln.

Wir freuen uns auf eine weiterführende Diskussion und Zusammenarbeit, um das volle Potenzial von Nutzhanf in Deutschland zu erschließen.

Mit freundlichen Grüßen, Der Vorstand des Nutzhanf-Netzwerk e.V